



Klima schützen – Energemix verantwortlich gestalten

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion genießt der Klimaschutz hohe Priorität. Wir stehen zu den erfolgreichen Bemühungen unserer Bundeskanzlerin um eine weltweite Gestaltung des Klimaschutzes. Die Ergebnisse der Klimakonferenz von Bali wären ohne den von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm erzielten Durchbruch undenkbar gewesen.

Ein wichtiges Instrument zur Vermeidung von CO₂ ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Aus diesem Grund werden wir in dieser Woche das Erneuerbare Energien Gesetz in erster Lesung behan-

deln. Für die Union ist aber klar, dass Umweltprobleme nicht losgelöst von den wirtschaftlichen Konsequenzen betrachtet werden dürfen: Wir müssen stets dafür sorgen, dass Ökologie und Ökonomie nicht gegeneinander ausgespielt werden. Hohe ökologische Standards dürfen nicht zu unerträglich hohen Kosten für Wirtschaft und Verbraucher führen. Das gilt insbesondere für die Energieerzeugung.

Wir wissen: Die einseitige Förderung Erneuerbarer Energien würde den Strompreis in die Höhe schnellen lassen. Deswegen setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für einen verantwortungsvollen Mix aus Erneuerbaren Ener-

gien, der CO₂-freien Kernenergie sowie neuer und effizienter Kohle- und Gaskraftwerke ein. Gleichzeitig müssen alternative Energiequellen weiter erforscht werden.

Deutschland ist Vorreiter im Klimaschutz und soll es bleiben. Nur so können wir andere von unserer Ernsthaftigkeit und von der Machbarkeit des Klimaschutzes in einer Industrienation überzeugen. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Alle Maßnahmen müssen im Zieldreieck von ökologischer Effizienz, wirtschaftlicher Verträglichkeit und sozialer Gerechtigkeit liegen. Das ist der Maßstab für die anstehenden Beratungen und Beschlüsse.

Unabhängigkeitserklärung des Kosovo – Für Stabilität auf dem Balkan sorgen

Am Sonntag hat sich das Kosovo für unabhängig erklärt. Wir hätten uns gewünscht, dass die intensiven diplomatischen Vermittlungsbemühungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern zu einer einvernehmlichen Lösung der Statusfrage geführt hätten. Da der Wille dazu auf beiden Seiten sowie im Rahmen der Vereinten Nationen jedoch nicht vorhanden war, gab es zur Unabhängigkeitserklärung keine Alternative. Der Status Quo hätte die Stabilisierung des Westbalkans erheblich erschwert. Wir begrüßen, dass eine große Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten sich auf ein zügiges Vorgehen zur internationalen

Anerkennung des Kosovo verständigt hat.

Fest steht: Wir haben ein nationales Sicherheitsinteresse an stabilen, friedlichen und demokratischen Staaten auf dem Balkan. Der Zerfall Jugoslawiens hat deutlich gezeigt, welche unmittelbaren Auswirkungen die damit verbundenen Konflikte auf Deutschland hatten. Deshalb unterstützt Deutschland mit 200 entsendeten Kräften die EULEX-Mission (European Union Rule of Law Mission in Kosovo). Es ist der größte zivile Einsatz der EU-Geschichte. Insgesamt werden rund 1.800 Polizei-, Zoll- und Verwaltungsbeamte, Richter sowie Staatsanwälte

den Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen unterstützen. Wichtig ist, dass es in den nächsten Wochen zu einem friedlichen Übergang kommt. Der NATO-geführten KFOR-Mission kommt eine besondere Aufgabe zu. Die Präsidentschaftswahlen in Serbien haben zudem gezeigt, dass es der politische Wille der Serben ist, ihr Land weiter an die EU heranzuführen.

KONTAKT

Klaus-Peter Flosbach MdB
Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: (030) 227-71 401
Fax : (030) 227-76 301
Mail: klaus-peter.flosbach@bundestag.de



Die Woche im Parlament

In erster Lesung haben wir in dieser Woche das **Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG** debattiert. Ziel des Gesetzes ist es, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 auf 25 bis 30 Prozent und danach kontinuierlich weiter zu erhöhen. Das EEG ist im Hinblick auf das Erreichen der Ausbauziele für Erneuerbare Energien im Strombereich das effektivste Förderinstrument der Bundesregierung. Es schafft für die Wirtschaft die entscheidenden Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung und Investitionstätigkeit.

Ebenfalls in erster Lesung beraten haben wir in dieser Woche das **Erneuerbare-Energien-WärmeGesetz – EEWärmeG**. Mit Hilfe des Gesetzes soll der Anteil Erneuerbarer Energien für Heizung, Warmwasserbereitung und Erzeugung von Kühl- und Prozesswärme bis zum Jahr 2020 auf 14 Prozent erhöht werden. Damit wird ein Beitrag geleistet zur Verstetigung und Beschleunigung des Ausbaus regenerativer Wärme in Deutschland. Bislang ungenutzte Potenziale sollen erschlossen, und der Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere bei den fossilen Energieträgern wie Erdöl und Erdgas, soll damit entgegengewirkt werden.

Ausgelöst durch die Fleischskandale in jüngster Zeit berieten wir in erster Lesung das **Gesetz zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches sowie anderer Vorschriften**. Zur Verbesserung des Verbraucherschutzes sollen Lebensmittelunternehmen, an die unsichere Lebensmittel geliefert worden sind und die diese zurückwiesen haben, verpflichtet werden, die zuständige Behörde über den Lieferanten zu informieren. Der Bußgeldrahmen soll dabei von 20.000 Euro auf 50.000 Euro angehoben werden.

In zweiter und dritter Lesung ist das **Gesetz zur Klärung der Vaterschaft unabhängig vom Anfechtungsverfahren** verabschiedet worden. Anfechtungsberechtigte Personen (rechtlicher Vater, Mutter, Kind) erhalten einen Anspruch auf Einwilligung in eine genetische Untersuchung zur Klärung der Abstammung und Duldung der Entnahme einer für die Untersuchung geeigneten Probe.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD **Wertvolle Computerspiele fördern, Medienkompetenz stärken** ist gerichtet auf die Förderung hochwertiger Computerspiele, die in den letzten Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewonnen haben. Der Umsatz dieser Spiele und sogenannter interaktiver Unterhaltungsmedien ist höher als in der Filmindustrie. Deutschland ist einer der umsatzstärksten Märkte. Bisher werden jedoch nur 10 Prozent der in Deutschland gekauften PC-Spiele auch hier entwickelt. Dieses Potential gilt es besser auszuschöpfen. Wir schlagen die Gründung einer Stiftung für interaktive Unterhaltungsmedien vor, zudem sollten Computerspiele in schon bestehende Förderprogramme des Wirtschafts- und Forschungsministeriums einbezogen werden.

In zweiter und dritter Lesung berieten wir das **Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften**. Damit sollen internationale Anforderungen (u. a. VN-Schusswaffenprotokoll) in innerstaatliches Recht umgesetzt und zudem punktuelle Lücken und Schwachstellen im Waffenrecht beseitigt werden. Das Führen von Anscheinwaffen (Kriegswaffen und Pumpgun-Imitate) in der Öffentlichkeit wird verboten.